

Wie kann Wissenschaft die Politik in der Pandemie besser beraten?

von Wolfgang Rohe

STIFTUNG
MERCATOR

Wie kann Wissenschaft die Politik in der Pandemie besser beraten?

In der Corona-Krise erhält die Wissenschaft so viel öffentliche Aufmerksamkeit wie selten zuvor. Dies stellt das System der Wissenschaftskommunikation vor neue Herausforderungen. In einer Diskussionsreihe beschäftigten sich die Stiftung Mercator, Wellcome Trust und die VolkswagenStiftung mit zentralen Fragen zum Thema Wissenschaftskommunikation in der Corona-Krise. Die dritte Diskussionsrunde am 19. Oktober 2020 widmete sich vor allem der an die Politik gerichteten Kommunikation der Wissenschaft, der wissenschaftlichen Politikberatung und den Eintritt von Wissenschaftler*innen in die öffentliche politische Debatte, der vielfach damit einhergeht. An ihr nahmen teil: **Prof. Dr. Ottmar Edenhofer**, Direktor Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und Direktor des Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change, **Prof. Dr. Karl Max Einhäupl**, ehem. Vorstandsvorsitzender der Charité, Berlin, **Manuel J. Hartung**, Ressortleiter im Ressort Wissen, DIE ZEIT, **Julia Merlot**, Redakteurin im Wissenschaftsressort, DER SPIEGEL, **Prof. Dr. Dirk Messner**, Präsident Umweltbundesamt, **Prof. Dr. Judith Simon**, Professorin für Ethik in der Informationstechnologie, Universität Hamburg, **Prof. Dr. Peter Strohschneider**,

ehem. Präsident Deutsche Forschungsgemeinschaft. Das Gespräch war der Abschluss der dreiteiligen Video-Chat-Reihe.

Unter der Eingangsfrage „**Wie kann Wissenschaft die Politik besser beraten?**“ war das Gespräch weit gefasst, um den beteiligten Expert*innen Raum zu geben, Erfahrungen, Beobachtungen und Einschätzungen darüber auszutauschen, wie die Wissenschaft in den vergangenen Monaten ihre Rolle gegenüber Politik, Öffentlichkeit und Medien wahrgenommen hat. Die Kerngedanken des intensiven und anregenden Diskussionsverlaufs über 2,5 Stunden Gespräch lässt sich in fünf Themenkreisen wiedergeben.

1. **Der wissenschaftliche Erkenntnisstand verändert sich rasch und fortlaufend, während Politik nach einer stabilen Grundlage für Entscheidungen sucht.**

Dieser Zielkonflikt zwischen den beiden Seiten der wissenschaftlichen Politikberatung geht aus den unterschiedlichen Logiken von Wissenschaft und Politik geradezu notwendig hervor. Unsicherheiten, Widersprüche, kritische Dialoge und die damit

einhergehende Revisionsoffenheit und Komplexität wissenschaftlichen Wissens sind konstitutive Elemente von Wissenschaft, die durch die innere Pluralität der Wissenschaften noch weiter verstärkt werden. Zwar wird in der Extremsituation einer Pandemie die Angewiesenheit der Politik auf die Wissenschaft besonders deutlich. Die Politik bevorzugt zur Entscheidungsfindung und Entscheidungsdurchsetzung aber wissenschaftliche Ergebnisse, die sie als sicheres Wissen behandeln kann. Wenn die Beratung der Politik durch Wissenschaft tagesaktuell und öffentlich sichtbar stattfindet, wird der wissenschaftstypische Prozess des lernenden Erkenntnisfortschritts vor Augen der ganzen Gesellschaft offenbar. Die Unvermeidlichkeit wissenschaftlicher Unsicherheit kann dadurch zu einer Zumutung für die Politik werden, die Sicherheit durch Entscheiden dokumentieren will und zugleich zulassen muss, fallweise als nichtwissende Instanz zu gelten. Dieses Verhältnis von Wissenschaft und Politik ist in der Pandemie öffentlich deutlich sichtbar geworden und es herrschte unter allen Teilnehmenden die Hoffnung, dass es die Glaubwürdigkeit und Transparenz der politischen Entscheidungen und ihres Zustandekommens ebenso steigert wie das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Wissenschaften.

2.

Selbst dort, wo die Wissenschaft sich sehr sicher ist, kann die politische Logik zu anderen Schlussfolgerungen als den wissenschaftlich naheliegenden führen. Demokratie darf nicht zur Szientokratie werden.

Zwar ist die Politik im Entscheidungsprozess auf die Beratung der Wissenschaft

angewiesen, das bedeutet allerdings nicht, dass die Wissenschaft durch ihr Wissen politische Entscheidungen determinieren darf. Die in der Wissenschaft noch immer verbreitete Erwartung, die Politik werde wissenschaftliches Wissen in Entscheidung umsetzen, wenn es nur gut genug begründet und dargelegt werde, ist ebenso illusionär wie undemokratisch. Wissenschaftler*innen, die in die Politik hineinwirken wollen, müssen ihrerseits auch die Dynamiken von Politik verstehen, um mit überzogenen und dann gegebenenfalls enttäuschten Handlungserwartungen nicht zur Politikverdrossenheit beizutragen. Missverständnisse über die Funktionsweisen der jeweils anderen Seite gibt es also sowohl in der Politik als auch in der Wissenschaft.

3.

Wenn Wissenschaftler die Politik beraten, sollten sie das in der Regel mit einer Kommunikation an die Öffentlichkeit verbinden. Das schafft Transparenz und eröffnet den Raum für eine öffentliche Diskussion über

- a) die wissenschaftlichen Empfehlungen,
- b) die darauf mehr oder weniger sich beziehenden politischen Entscheidungen und
- c) die Abweichungen zwischen beiden.

Die in den ersten beiden Thesen skizzierte Bezugnahme auf wissenschaftliche Expertise findet nicht nur eindimensional zwischen Wissenschaft und Politik, sondern auch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft statt. Wissenschaftliches Wissen wird auch im öffentlich-deliberativen Diskurs und der

Entscheidungsvorbereitung genutzt. Die Aufrechterhaltung dieser gesellschaftlichen Funktionalität von Wissenschaft erfordert Transparenz und Verantwortlichkeit gegenüber der Gesellschaft und den Aufbau eines funktionalen Vertrauensverhältnisses. Gerade in der Corona-Krise steht die Wissenschaft im Zentrum des öffentlichen Interesses. Damit einher geht einerseits die breitere journalistische Rezeption wissenschaftlicher Expertise in den Medien und andererseits auch die vermehrte unmittelbare öffentliche Präsenz von Wissenschaftler*innen in vielen medialen Formaten (Print, Social Media, Podcasts etc.). Das verändert die Kommunikation von Wissenschaftler*innen und den Druck, dem sie sich ausgesetzt sehen, dramatisch. Was als Mitteilung eines wissenschaftlichen Standpunkts intendiert ist, kann in der aufgeheizten öffentlichen Debatte als ein unmittelbar politisches Statement aufgefasst werden. Folgen und Wirkungen liegen nicht in der Hand der kommunizierenden Wissenschaftler*innen. Öffentliches Missfallen an sachlich intendierten Beiträgen kann wiederum auf medialen Kanälen skandalisiert und verstärkt werden. Die Teilnehmer*innen konstatieren insgesamt eine positive Entwicklung und eine gewachsene öffentliche Fähigkeit auch komplexe Informationen zu verarbeiten.

Die Professionalisierung von Wissenschaftler*innen für die öffentliche Kommunikation darf sich aber nicht auf das Training effizienter Erklärstrategien beschränken, sondern muss auch auf die politischen Folgen und den persönlich belastenden Druck öffentlicher Reaktionen vorbereiten.

4.

Die Wissenschaft kann der Politik entgegengehen und Systemwissen in Entscheidungswissen transformieren, sie darf aber nicht selbst entscheiden wollen! Ein geeignetes Verfahren ist es, Entscheidungsalternativen zu explorieren und diese der Politik mit dem Ziel besserer Entscheidungen anzubieten. Dazu ist eine eigene Kompetenz notwendig, die nicht von allen Wissenschaftler*innen entwickelt werden kann und muss.

Die Politik muss mit den Unsicherheiten wissenschaftlichen Wissens umgehen und auf dessen Basis durch ihre Entscheidungen (wenn auch zeitlich begrenzte) Sicherheit schaffen. In diesem Übersetzungsprozess kann und muss die wissenschaftliche Politikberatung eine Entscheidungsstrukturierung bieten. Die Wissenschaft kann z.B. eine strukturierte Güterabwägung anbieten, in der Unsicherheiten und Risiken kommuniziert werden. Am Ende muss die Politik die Entscheidung aber selbst vornehmen. Die Aufgabe der Politikberatung liegt darin, eine Brücke zu schlagen von Wissen zur Entscheidung und zur Begründbarkeit bestimmter Entscheidungen. Eine solche Verarbeitung von guter Wissenschaft in etwas, das Politik und Gesellschaft nutzen können, ist eine eigenständige Kompetenz. Hierzu bedarf es eines wissenschaftsbasierten und professionellen Trainings für Wissenschaftler*innen. So können Wissenschaftler*innen eine höhere Sicherheit darin gewinnen, auch dort noch wissenschaftlich zu kommunizieren, wo mediale Formate andere Kommunikationsregeln aufdrängen.

5.
Die Wissenschaft muss ihre innere Pluralität, die vor allem in ihren vielen Fachdisziplinen besteht, nutzen, um interdisziplinäre Angebote für komplexe gesellschaftliche Fragen zu machen.

Während die Pluralität der Wissenschaft zwar einerseits zur Unsicherheit des wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses beiträgt, liegt in ihr andererseits auch eine zentrale Stärke für die Politikberatung. Ohne die Multiperspektivität der Wissenschaft sind viele aktuelle Probleme, mit denen unsere Gesellschaften konfrontiert sind, gar nicht adressierbar. Den unterschiedlichen disziplinären Perspektiven muss im Prozess der Politikberatung Rechnung getragen werden. Die Verpflichtung auf und Komplexität von Interdisziplinarität machen zugleich Chance und Herausforderung wissenschaftlicher Politikberatung aus. Um gemeinsam Lösungsangebote für komplexe gesellschaftliche Fragen zu machen, müssen beteiligte Disziplinen ein gemeinsames Verständnis davon ermitteln, was sie jeweils meinen, wenn sie von Sicherheit, Unsicherheit, Wahrscheinlichkeit oder Risiko reden.

Fazit: Die Corona-Pandemie ist eine intensive Lernerfahrung der Wissenschaft in vielerlei Hinsicht.

Trotz der in den fünf Thesen aufgezeigten Problematiken und potentiellen Missverständnisse wird die Corona-Krise insgesamt positiv als Lernprozess und Entwicklungsschub für die Beziehungen zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft gesehen. Die grundsätzliche Spannung zwischen Wissenschaft und Politik ist in der Pandemie wie

durch ein Brennglas besonders deutlich sichtbar geworden, lässt sich aber auch mit den Erfahrungen, die die wissenschaftliche Politikberatung in der Corona-Krise sammeln konnte, nicht final auflösen. Vielmehr wird sie grundsätzlich bleiben und im Prozess der wissenschaftlichen Politikberatung immer wieder neu verhandelt werden müssen.

Stiftung Mercator GmbH

Huyssenallee 40

45128 Essen

Tel. +49 201 24522-0

Fax +49 201 24522-44

info@stiftung-mercator.de

www.stiftung-mercator.de

 facebook.com/stiftungmercator

 twitter.com/mercatorde

 youtube.com/stiftungmercator

AufRuhr Das Magazin der Stiftung Mercator